



Textliche Festsetzungen	
I.	Bauplanungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 BauGB und BauNVO
1.	Flächen für Abfall- und Abwasserbeseitigung – Zweckbestimmung Kläranlage und Versorgungsflächen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 BauGB) Zulässig sind: <ul style="list-style-type: none">- Klärbauwerke,- Technikgebäude,- Verwaltungsgebäude,- Werkstätten, Fahrzeughallen, Betriebsgebäude und Garagen,- Lagerhallen und -flächen,- Betriebsstraßen und Parkflächen,- dem Zweck der Abwasserbehandlung dienende Nebenanlagen,- Photovoltaik-Module einschließlich ihrer Befestigung auf / im Erdboden,- technische Einrichtungen und Anlagen zum Betrieb, für die Wartung, Instandhaltung, Sicherheitsüberwachung und Pflege der Photovoltaikanlagen,- Einfriedungen.
2.	Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 ff. BauNVO)
2.1	Höhe baulicher Anlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) Es gilt folgende Höhenbeschränkung: Maximal zulässige Gebäudehöhe GHmax = 15,00 m Als maximal zulässige Gebäudehöhe gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zum höchsten Punkt der Oberkante der Dachkonstruktion (Dachhaut). Als Höhenbezugspunkt dient das mittlere vorhandene natürliche Gelände innerhalb des Umfangs der zu errichtenden baulichen Anlage.
2.2	Grundflächenzahl (§ 19 Abs. 3 BauNVO) Die maßgebliche Bezugsfläche für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die als Fläche für Abfall- und Abwasserbeseitigung und Versorgungsfläche festgesetzte Fläche.
3.	Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO) Oberirdische Stellplätze, Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
4.	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 i. V. m. Nr. 14 BauGB)
4.1	Artenschutzmaßnahmen Notwendige Baumfällungen und Gebüschrodungen sind im Zeitraum vom 01. Oktober bis zum 28. / 29. Februar durchzuführen (§ 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG). Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen nachtaktiver Insekten sind für die Außenbeleuchtung ausschließlich voll abgeschirmte Leuchten, die im installierten Zustand nur unterhalb der Horizontalen abstrahlen (0 % Upward Light Ratio; Abstrahlung im Winkel von 85° nach unten) und Leuchtmittel mit für die meisten Arten wirkungsvollem Farbspektrum wie bernsteinfarbenes bis warmweißes Licht entsprechend den Farbtemperaturen von 1.600 bis 2.400, max. 3.000 Kelvin ohne UV-Licht-Anteile zulässig. Zur Minimierung der Beleuchtungszeiten sollte eine adaptive Beleuchtungssteuerung angewendet werden. Das heißt, die Beleuchtung ist durch Licht- und Bewegungssensoren so zu steuern, dass die Lampen nur in den Dunkelzeiten und nur während der Anwesenheit von Menschen angeschaltet sind.
4.2	Oberflächenbefestigung Soweit wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen, sind befestigte, nicht überdachte Flächen in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen. Eine zusätzliche Begrünung dieser Flächen wird empfohlen. LKV-Stellplätze sowie sonstige Flächen, auf denen betriebsbedingte Verschmutzungen auftreten könnten, sind mit einem wasserundurchlässigen Belag zu versehen.
4.3	Ableitung von Niederschlagswasser Das Niederschlagswasser ist in die Retentionsflächen innerhalb der als privaten Grünfläche festgesetzten „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ einzuleiten.
4.4	Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft Die als private Grünfläche festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist als Wiese anzulegen. Dazu ist eine Regio-Saatgutmischung (kräuterreicher Landschaftsrasen mittlerer Standorte) aus dem Ursprungsgebiet Nr. 21 Hessisches Bergland zu verwenden. In der Maßnahmenfläche sind Versickerungsanlagen für Niederschlagswasser in Form von Rückhaltegräben zulässig.
5.	Technische Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB) Auf mindestens 50 % der nutzbaren Dachflächen von Gebäuden sind Photovoltaikanlagen zu errichten. Die nutzbare Dachfläche bemisst sich wie folgt: <ul style="list-style-type: none">- Bei Flachdächern aus der senkrechten Projektion der Dachfläche (abzüglich eines umlaufenden Streifens, welcher der Höhe der zu errichtenden Anlagen entspricht).- Bei geneigten Dächern aus der eingedeckten Dachfläche abzüglich eines Abstands von 0,5 m zu Traufe, First und Ortgang. Flächen für notwendige bauliche Anlagen wie Gassen, Dachflächenfenster und Terrassen sind in Abzug zu bringen. In nördlicher Richtung geneigte Dächer bleiben unberücksichtigt.
6.	Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
6.1	Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Auf den als privaten Grünflächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind standortgerechte laubwerfende Sträucher (je 1,5 m² ein Strauch) gemäß Artenempfehlungen und je angefangene 100 m² bepflanzte Fläche ein standortgerechter Laubbaum gemäß Artenempfehlungen zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Als Unterpflanzung ist eine extensive Wiese anzulegen.
6.2	Anpflanzen von Einzelbäumen Innerhalb der als private Grünfläche festgesetzten „Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ im Norden des Plangebiets sind 9 großkronige autoktogene Laubbäume gemäß Planintrag anzupflanzen. Von der Lage kann um bis zu 5 m abgewichen werden. Die Arten sind: Stieleiche (Quercus robur) und Flatterulme (Ulmus laevis).

Textliche Festsetzungen	
6.3	Grundstücksbegrünung Die nicht überbauten Grundstücksflächen (Grundstücksfreiflächen) sind als Grünflächen gärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu unterhalten. Flächenhafte Stein-Kies-Splitt- und Schottergärten oder –schüttungen sind unzulässig mit Ausnahme von baukonstruktiv erforderlichen Einbauten wie Spritzschutzstreifen an Gebäuden bis zu einer Breite von 0,5 m.
6.4	Dachbegrünung Flachdächer und flachgeneigte Dächer mit einer Dachneigung bis zu 10 Grad und einer zusammenhängenden Fläche von mindestens 60 m² sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu begrünen. Ausgenommen sind notwendige Öffnungen im Dach und technische Aufbauten. Die Dachbegrünung ist dauerhaft zu erhalten. Die Vegetationsschicht muss eine Gesamtstärke von mindestens 6 cm aufweisen. Die dauerhafte Begrünung ist auch unter Photovoltaikanlagen sicherzustellen.
6.5	Fassadenbegrünung Zusammenhängende Außenwand- oder Fassadenflächen von Gebäuden sind zu begrünen, dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Vorgelagerte Konstruktionen z.B. Rankgitterbegrünungen sind zulässig. Als zusammenhängende Außenwandflächen von Gebäuden gelten auch offene Fassaden z.B. mit Querlüftungsöffnungen oder Gitterkonstruktionen. Als Richtwert gilt eine Pflanze pro 2 m Wandlänge. Je Kletterpflanze ist eine Pflanzfläche mit Bodenanschluss von mind. 1 m² herzustellen. Abweichend hiervon kann auf einen Bodenanschluss verzichtet werden, wenn artspezifisch ein ausreichend durchwurzelbarer Raum zur Verfügung gestellt wird. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten und bei Verlust zu ersetzen. Die Richtlinien für Planung, Bau und Instandhaltung von Fassadenbegrünungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FL) sind zu beachten. Von der Festsetzung kann zugunsten von technischen Fassadenfunktionen (z.B. Schalldämmung, Brandschutz oder natürliche Belüftung und konstruktiven Öffnungen wie Ein- und Ausfahrten, Türen und Fenster) abgewichen werden, soweit sichergestellt ist, dass mindestens 25 % der gesamten Fassadenflächen dauerhaft begrünt sind.
7.	Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB) Bestehende Gehölze und Bäume sind zu erhalten oder bei Abgang durch heimische, standortgerechte Arten zu ersetzen.
II.	Kennzeichnungen gemäß § 9 Abs. 5 BauGB
8.	Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind Das Plangebiet ist gemäß § 9 Abs. 5 BauGB als vernässungsgefährdete Fläche gekennzeichnet. Im Plangebiet ist mit hohen Grundwasserständen zu rechnen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Plangebiet mit zusätzlichen Aufwendungen (z.B. bauliche Vorkehrungen gegen Vernässungen) zu rechnen ist.
III.	Nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 Abs. 6a BauGB
9.	Überschwemmungsgebiet Das Plangebiet liegt gemäß § 78 WHG teilweise in einem Überschwemmungsgebiet der Modau. Die Errichtung baulicher Anlagen im Überschwemmungsgebiet bedarf einer Genehmigung nach § 78 Abs. 3 WHG. Aufschüttungen sind unzulässig.
IV.	Hinweise und Empfehlungen
10.	Bodendenkmäler Im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes befinden sich Bodendenkmäler (Nieder-Ramstadt 032: Siedlungsspuren verschiedener Zeitstellungen). Laut der Stellungnahme von Hessen Archäologie ist damit zu rechnen, dass durch die Bebauung Kulturdenkmäler im Sinne von § 2 Abs. 2 HDschG zerstört werden. Um Qualität und Quantität der archäologischen Befunde zu überprüfen, wurde ein archäologisches Gutachten (geophysikalische Prospektion) des geplanten Geländes durchgeführt. Die Einnessarbeiten und die geophysikalischen Untersuchungen erfolgten im Mai 2022 durch das Büro Geophysik Rhein-Main GmbH. Dabei wurden einige wenige magnetische Anomalien erfasst, die archäologisch relevante Strukturen anzeigen könnten. Eine endgültige Bewertung der archäologischen Strukturen kann nur in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landes- bzw. Bezirksarchäologen getroffen werden. Im Vorfeld der Bebauung ist eine archäologische Untersuchung durchzuführen. Es ist eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 18 Abs. 1 HDschG im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens notwendig, in der Art und Umfang der archäologischen Untersuchung festgelegt werden. Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies Hessen Archäologie oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen (§ 21 HDschG). In diesen Fällen kann für die weitere Fortführung des Vorhabens eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 18 HDschG erforderlich werden.
11.	Bodenschutz und Altlasten Bei Bauvorhaben ist durch eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB) durchzuführen. Der Bodenschutzbehörde ist mitzuteilen, wenn Materialien in Zusammenhang mit einer Bodenfunktion von über 600 m³ auf oder in den Boden sowie als durchwurzelbare Bodenschicht eingebracht werden. Das im Internet hinterlegte Formular kann verwendet werden. https://www.ladadi.de/bauen-umwelt/landwirtschaft-und-umwelt/boden/infos-und-formulare.html Beim Einbau von Bodenmaterial und mineralischen Ersatzbaustoffen oder ihren Gemischen in technischen Bauwerken gilt die Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV). Die darin enthaltenen Vorgaben sind zu beachten. Insbesondere wird auf den § 22 der ErsatzbaustoffV hingewiesen. Informationen zu Altflächen (Altstandorte, Altablagerungen), Altlasten, schädlichen Bodenveränderungen oder Grundwasserschäden liegen für das Plangebiet nicht vor. Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Ergeben sich bei den Erdarbeiten Kenntnisse, die den Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung begründen, sind diese umgehend der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat IV/D 41 5, Bodenschutz, mitzuteilen. Darüber hinaus ist ein Fachgutachter in Altlastenfragen hinzuzuziehen. Schädliche Bodenveränderungen im Sinne des § 2 Abs. 3 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen.

Textliche Festsetzungen	
12.	Kampfmittel Sollten im Zuge der Baumaßnahmen Munition oder kampfmittelverdächtige Gegenstände zu Tage treten, ist die Arbeit unverzüglich einzustellen, die Fundstelle abzusichern und die Polizei bzw. der Kampfmittelfräumdienst in Darmstadt zu verständigen (Regierungspräsidium Darmstadt Kampfmittelfräumdienst des Landes Hessen, Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt).
13.	Hinweise zur Versickerung von Niederschlagswasser Für die Versickerung oder Einleitung von unbelastetem Niederschlagswasser ist bei dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, Abteilung Gewässer- und Bodenschutz eine Erlaubnis nach § 8 i.V.m. § 9 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu beantragen. Die Vorgaben des Arbeitsblatts DWA-A 138-1 „Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser-Teil 1: Planung, Bau, Betrieb“ (DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) sind zu beachten. Die Ableitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer ist auf mögliche Verunreinigungen aus o.g. Herkunftsbereichen zu untersuchen. Wenn Arbeiten zur Herstellung von Bauwerken, Aufschlüssen und Bodenerkundungen oder Eingriffe in den Boden erfolgen, die mittelbar oder unmittelbar Auswirkungen auf Grundwasser haben, handelt es sich um anzeigepflichtige Vorhaben nach § 49 WHG oder ggf. erlaubnispflichtige Benutzungen (s. §§ 9 und 8 des WHG). Temporäre Grundwasserentnahmen bedürfen der Anzeige. Wenn die Entnahme größer als 3.600 m³/a ist, bedarf sie nach § 29 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) der wasserrechtlichen Erlaubnis (s. auch § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes).
14.	Leitungsschutzmaßnahmen Tiefwurzeldende Bäume müssen lt. DIN 18920 und den technischen Richtlinien GW 125 einen Mindestabstand von 2,5 m zu Versorgungsleitungen aufweisen. Wird dieser Abstand unterschritten, so sind die Kabel gegen Wurzelschäden zu sichern oder die Standorte der Bäume entsprechend zu verschieben. Pflanzmaßnahmen im Nahbereich zu Versorgungsleitungen sind mit dem Versorgungsträger abzustimmen.
15.	Hinweis zu landwirtschaftlichen Immissionen Aufgrund der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen ist mit landwirtschaftlichen Immissionen (z.B. Gerüche, Staub, Steine usw.) zu rechnen. Diese sind entschädigungslos hinzunehmen. Der Bodenabstand für Zäune sollte mindestens 15 cm betragen. Einfriedigungen im Gewässerandstreifen gelten als bauliche Anlagen und sind dort nicht zulässig. Es kann eine wasserrechtliche Befreiung zugelassen werden, wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit vorliegen oder ein Fall von unbilliger Härte vorliegt.
16.	Einfriedigungen, Eingrünungen, Bepflanzungen Bei Einfriedigungen, Eingrünungen, Baumpflanzungen u.ä. sind die doppelten Grenzabstände zu landwirtschaftlichen Flächen und Wegen laut Hessischem Nachbarrecht einzuhalten. Der Bodenabstand für Zäune sollte mindestens 15 cm betragen.
17.	Artenempfehlungen Laubbäume Folgende heimische Laubbäume sind zu verwenden: Acer campestre (Feldahorn) Acer platanoides (Spitzahorn) Carpinus betulus (Hainbuche) Prunus avium (Vogelkirsche) Quercus robur (Stieleiche) Salix alba (Silberweide) Tilia platyphyllos (Sommerlinde) Sträucher Folgende heimische Sträucher sind für Hecken zu verwenden: Acer campestre (Feldahorn, Heister) Carpinus betulus (Hainbuche, Heister) Cornus avellana (Hasel) Crataegus laevigata (Zweigflügel Weißdorn) Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) Ligustrum vulgare (Liguster) Lonicera xylosteum (Heckenkirsche) Malus sylvestris (Holzapfel) Pyrus padus (Traubenkirsche, Heister) Rosa canina (Hundsrose) Salix caprea (Salweide) Viburnum opulus (Wasserschneeball)
Rechtsgrundlagen	
<ul style="list-style-type: none">- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. I Nr. 176)- Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)- Hess. Bauordnung (HBO) i.d.F. vom 28.05.2018 (GVBl. S. 198), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 09.10.2025 (GVBl. Nr. 66)- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. vom 25.05.2023 (GVBl. I S. 379), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 10.10.2024 (GVBl. Nr. 57)- Hess. Naturschutzgesetz (HNatSchG) i.d.F. vom 25.05.2023 (GVBl. I S. 379), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 10.10.2024 (GVBl. Nr. 57)- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i.d.F. vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)- Hess. Wassergesetz (HWG) i.d.F. vom 14.12.2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBl. S. 473)- Hess. Denkmalschutzgesetz (HDSchG) i.d.F. vom 28.11.2016 (GVBl. S. 211)- Hessisches Straßengesetz (HStrG) i.d.F. vom 8. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.06.2023 (GVBl. S. 426, 430)- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.d.F. vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. I Nr. 323)- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17.03.1990 (BGBl. I S. 502, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)	

Verfahren	
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	am 08.10.2024
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	vom 14.10.2024 bis 08.11.2024
Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB	am 16.10.2024
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer öffentlichen Auslegung durchgeführt	vom 21.10.2024 bis 08.11.2024
Prüfung und Entscheidung über die Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB, Beschlüsse des Entwurfs des Bebauungsplans, der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durch die Gemeindevertretung	am 24.06.2025
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet	vom 14.07.2025 bis 15.08.2025
Bekanntmachung der Veröffentlichung im Internet und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB	am 12.07.2025
Veröffentlichung im Internet und öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans gemäß § 3 Abs. 2 BauGB	vom 14.07.2025 bis 15.08.2025
Prüfung und Entscheidung über die fristgemäß eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch die Gemeindevertretung	am 11.11.2025
Ausfertigungsvermerk Es wird bestätigt, dass der Planinhalt unter Beachtung der vorstehenden Verfahrensschritte mit den Beschlüssen der Gemeindevertretung übereinstimmt.	
Der Gemeindevorstand Mühlthal, den 08. DEZ. 2025 Nils Starke, Bürgermeister	
Bekanntmachung / Rechtskraft Inkrafttreten des Bebauungsplanes durch amtliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am	
Der Gemeindevorstand Mühlthal, den 13. DEZ. 2025 Nils Starke, Bürgermeister	

Gemeinde Mühlthal

Bebauungsplan "Erweiterung Kläranlage"

0 10 20 40 60 100 m

(5721:11-endfassung)

November 2025

M 1:1000

PLANUNGSGRUPPE DARMSTADT

Alicenstraße 23 64293 Darmstadt
Telefon (06151) 9950-0 mail@planungsgruppeDA.de